



<https://biz.li/2ud2>

STEIGENDES ÜBERSCHULDUNGSRISIKO DURCH INFLATION

Veröffentlicht am 12.06.2023 um 21:52 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Eine weiter steigende Nachfrage nach

Schuldnerberatung sehen die Schuldnerberatungsstellen von AWO Region Hannover, des Caritasverbandes Hannover und des Diakonischen Werkes als Folge der Inflation. "Das Überschuldungsrisiko steigt", sagt Philipp Vorwegk zu Beginn der Aktionswoche Schuldnerberatung der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) am 12. Juni. "Viele Menschen machen sich große Sorgen und sind verunsichert, wie sie die Zukunft bewältigen können. Das erleben wir tagtäglich in unserer Schuldnerberatung", so der Leiter der AWO-Schuldnerberatungsstellen. Das Motto der Aktionswoche Schuldnerberatung "Was können wir uns noch leisten? – Überschuldungsrisiko Inflation" gebe die Stimmung ganz gut wieder. "Es ist deutlich zu spüren, dass die meisten Waren, Energie, Mieten und andere Dinge teurer geworden seien", erklärt Matthias Wenzel von der Caritas. "Haushalte mit knappem Einkommen trifft es besonders hart." Nicht wenige Haushalte müssten jetzt schon bis zu 50 Prozent ihres Einkommens allein für den Wohnraum ausgeben und eine Entspannung der Situation sei nicht in Sicht. Umso schwieriger werde es dann, die gestiegenen Energiekosten und die deutlich teureren Lebenshaltungskosten zu stemmen. "Es ist uns ein Anliegen, in der Diskussion über Inflation und ihre Folgen die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation besonders betroffen sind", betont Wenzel. Die Schuldnerberatungsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGW) Region Hannover unterstützen die Forderungen der AG SBV zur Aktionswoche Schuldnerberatung nach einem gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung. Das sei angesichts des deutlich wachsenden Beratungsbedarfs dringend notwendig. Denn die Zugänge zur Schuldnerberatung seien deutschlandweit sehr uneinheitlich. "Mancherorts können nur Ratsuchende, die Bürgergeld oder Sozialhilfe erhalten, ohne jegliche Einschränkung kostenfrei beraten werden", beklagt Christian Ernst vom Diakonischen Werk. "Ein zukunftsweisender Ausbau der Finanzierung von sozialer Schuldnerberatung ist dringend erforderlich." Der Schuldnerberater fordert einen generellen Pfändungsschutz von existenzsichernden Leistungen. Solange es den nicht gebe, sei eine finanzielle Abwärtsspirale für viele Haushalte vorprogrammiert. Diese führe dann auch dazu, dass die grundlegendsten Dinge wie Strom oder Gas nicht mehr bezahlt werden könnten, so dass es zu Energiesperren komme. "Mit allen Schuldnerberatungen der Verbände fordern wir: Keine Energiesperren für Verbraucherinnen und Verbraucher", sagt Ernst. Vielmehr müsse ein unbürokratischer Zugang zu Sozialleistungen gewährleistet werden.